

ZUKUNFT VON HIER.

RAHMENPROGRAMM ZUR
KOMMUNALWAHL 2026



**Freie
Demokraten**

Niedersachsen **FDP**

Kommunalwahlprogramm 2026

FDP Landesverband Niedersachsen

ZUKUNFT VON HIER.

Wir sind davon überzeugt, dass jeder Mensch das Potenzial hat, eigenverantwortlich sein Leben zu gestalten, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Deshalb wollen wir uns auch bei dir vor Ort für eine Politik einsetzen, die weniger auf staatliche Bevormundung, sondern auf mehr Eigeninitiative setzt. Niemand weiß besser als du, wie du dir ein erfülltes Leben vorstellst. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass dein Zuhause nicht nur ein Ort zum Arbeiten, Wohnen und Leben ist, sondern ein Ort, an dem Chancen genutzt und deine individuellen Zukunftspläne verwirklicht werden können.

Inhaltsverzeichnis

A. Was fordern wir konkret für unsere Kommunen

- 1. Für die Zukunft unserer Kinder**
- 2. Eine Verwaltung, die für dich da ist**
- 3. Deine Heimat, dein Arbeitsplatz**
- 4. Ein Zuhause mit Zukunft**
- 5. Demokratie ist das, was wir daraus machen**
- 6. Wohn doch wie du willst**

B. Was erwarten wir von Bund und Land

- 1. Kommunalfinanzen**
- 2. Ganztagschule**
- 3. Kitas**
- 4. Ausbildung von Erziehenden**
- 5. Bürokratieabbau bei Förderprogrammen**
- 6. Straßeninfrastruktur**
- 7. Die Kommunen und Europa**
- 8. Die Wirtschaft vor Ort entlasten**
- 9. Partizipation stärken**
- 10. Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen**

A. Was fordern wir konkret für unsere Kommunen

1. Für die Zukunft unserer Kinder

Sprache ist der Schlüssel zur Zukunft

Wir fordern die Sicherstellung ausreichender Deutschkenntnisse eines jeden Kindes vor Beginn der ersten Klasse. Lernrückstände und Benachteiligungen durch fehlende Sprachkompetenzen können später kaum aufgeholt werden und gefährden das persönliche Vorankommen durch Bildung eines jeden Schülers und jeder Schülerin.

Dafür braucht es turnusmäßige Sprachtests in den Kitas und ausreichend Angebote zur Sprachförderung. Konsequenz ist der Schlüssel, Sprachkenntnisse sollten Zugangsvoraussetzung für die Schule sein, zum Wohle der Kinder.

Förderung von Bildung, Ganztagsbetreuung & Digitalisierung an Schulen

Wir machen uns stark für den Ausbau der digitalen Ausstattung, flexibler Lernorte und zuverlässiger Ganztagsangebote in Schulen in kommunaler Trägerschaft.

Gute Bildung geht nicht ohne saubere Schulen

Alle Schüler und Lehrer müssen freien Zugang zu warmem Wasser, Seife und Papierhandtüchern haben. Wir setzen uns darüber hinaus für das Vorhalten von kostenlosen Artikeln zur Menstruationshygiene in den kommunalen Bildungseinrichtungen ein.

Familien- und jugendfreundliche Kommunen

Flexible Kinderbetreuungszeiten, wohnortnahe Freizeit- und Bildungsangebote, Initiativen für junge Familien und generationenübergreifende Projekte müssen mehr Unterstützung erfahren.

Europa in der Schule

Kommunen sind Vermittler europäischer Werte. Die Europabildung durch kommunale Initiativen soll unterstützt werden. EU-Projekttag an Schulen, Schüleraustausch-Programme und EU-Jugendbotschafter auf kommunaler Ebene, sind unser Beitrag auf kommunaler Ebene für eine Stärkung des vereinigten Europas.

Sprach- und Bewegungsförderung

Logo- und Ergotherapie muss direkt in den Schulalltag integriert werden können. Den Schulträgern sollte die Möglichkeit eröffnet werden, solche Angebote vor Ort anzubieten. Kinder mit entsprechenden Förderbedarfen, dürfen mit der Bewältigung ihrer Hemmnisse nicht allein gelassen werden, wenn die Inanspruchnahme von Unterstützung außerhalb des Schulalltags nicht sichergestellt werden kann.

2. Eine Verwaltung, die für dich da ist

Stärkung der kommunalen Finanzkraft & Bürokratieabbau

Mehr finanzielle Freiheit für Städte und Gemeinden statt landeszentrierter Förderbürokratie – mit klareren Spielräumen für lokale Investitionen. Als Freie Demokraten setzen wir auf strukturelle Korrekturen, öffentliche Aufgabenreduzierung und Effizienzsteigerung durch eine moderne Verwaltung. Das Bekenntnis zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik resultiert für uns nicht nur aus einem wirtschaftlichen Grundverständnis, sondern ist auch Ausdruck von Generationengerechtigkeit.

Moderne, effiziente Verwaltung

Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, kürzere Bearbeitungszeiten und weniger Doppelstrukturen zwischen Verwaltungsebenen. Eine digitale Terminvergabe muss in jeder Kommune möglich sein. Dafür setzen wir uns ein.

Moderne Verwaltungs- und Personalpolitik

Attraktive Bedingungen für Fachkräfte in der Kommune, Fort- und Weiterbildungsprogramme, angemessene Entlohnung im öffentlichen Dienst und innovationsfreundliche Personalstrukturen gehören zwingend zu einer modernen Personalkultur.

Digitale Helfer in der Verwaltung

Verwaltung kann sehr kompliziert sein. Nicht jede Bürgerin und jeder Bürger findet sich sofort zurecht und oftmals gibt es Berührungsängste beim Kontakt mit Behörden. Daher setzen wir uns für die Bereitstellung von KI-gestützten digitalen Helfern ein. Diese sollen sprachgesteuert durch den Verwaltungsdschungel führen und durch adaptives Lernen der Sprache, angepasst an das jeweilige Sprachniveau, eine Hilfestellung bieten, damit jede und jeder auch die Verwaltungsleistungen bekommt, die er oder sie braucht.

Arbeitspflicht für Asylbewerber

Um die Integration von Asylbewerbern zu fördern, sollen die Kommunen Menschen im laufenden Asylverfahren zu gemeinnützigen Tätigkeiten verpflichten, so wie dies im Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehen ist. Die Tätigkeiten bieten Asylbewerbern die Möglichkeit, zur Gemeinschaft beizutragen, ohne die bestehenden Arbeitsmärkte zu gefährden. Ebenso müssen alle Tätigkeiten zumutbar sein, d.h., sie müssen den körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Asylbewerber entsprechen.

Investitionen in Zukunft

Wir wollen auch in finanziell schwierigen Zeiten in die Zukunft gerichtete Investitionen planmäßig tätigen können. Dazu zählen insbesondere Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur. Für Investitionen schlagen wir vor, auch Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) ergebnisoffen zu prüfen.

ÖPP Projekte sind für uns denkbar, wenn sie demokratischen Prinzipien entsprechen und sich aus der Beteiligung Privater auch langfristig ein Vorteil für die Kommunen ergibt.

3. Deine Heimat, dein Arbeitsplatz

Der Mittelstand und das Handwerk sind das Rückgrat der lokalen Wirtschaft in Niedersachsen. Diese Unternehmen schaffen Arbeitsplätze, bilden Fachkräfte aus und prägen das Gesicht unserer Städte und Gemeinden. Wir als FDP wollen die Rahmenbedingungen für diese Betriebe verbessern, indem wir den Fachkräftemangel durch eine Stärkung der beruflichen Bildung sowie durch treffsichere Qualifizierungsangebote angehen und mehr Flächen ausweisen, damit die bestehenden Betriebe wachsen und sich neue Betriebe ansiedeln können.

Attraktive Rahmenbedingungen für Mittelstand und lokale Wirtschaft

Wir stehen ein für den Bürokratieabbau für Unternehmen, die Unterstützung von Start-ups, die Vereinfachung lokaler Gewerbeprozesse und die Stärkung der Innenstadt als Wirtschaftsstandort.

Kommunale Verkehrs- und Mobilitätspolitik mit Wahlfreiheit

Nur eine liberale Mobilitätspolitik, die nicht einseitig auf Verbote setzt, sondern lokale Lösungen wie moderne Verkehrskonzepte, Technologieoffenheit und sinnvolle Parkkonzepte unterstützt, kann ein Konzept für die Zukunft sein.

Klimaschutz pragmatisch, technologieoffen und lokal

Kommunale Anreize für Energieeffizienz, Innovationen bei Klimaschutzprojekten und freiwillige Initiativen für Nachhaltigkeit statt rigider Vorschriften, dies ist der Weg, um Klimaschutz und Lebenswirklichkeit vor Ort sinnvoll zu verknüpfen.

Fleiß kennt kein Geschlecht

Wir wollen in unserer Kommune Anreize schaffen, um die Zahl von Existenzgründungen von Frauen zu erhöhen. Wir setzen uns für bedarfsgerechte Angebote zur Integration von geflüchteten Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt ein.

Hierzu ist der flächendeckende Zugang zu Sprachkursen mit Kinderbetreuung besonders wichtig. Dies ist eine Grundvoraussetzung, um diesen Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen.

Gründergeist

Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen Unternehmen bei Neugründungen und Erweiterungen zur Seite stehen. Wir wollen deshalb die kommunale Wirtschaftsförderung stärken. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen verbessert werden.

Neben einer lückenlosen Versorgung mit Glasfaser- und Mobilfunk-Netz gehört hierzu auch die Straßen-, Wasserstraßen, Autobahn- und Schieneninfrastruktur. Außerdem muss unnötige Bürokratie dringend abgebaut werden.

Insbesondere neu gegründete Firmen müssen unkompliziert die Unterstützung erhalten können, die sie benötigen. Dabei sollten unnötige Behördengänge der Vergangenheit angehören und auf ein Minimum reduziert werden.

Die Kommunen stehen in der Pflicht, Belange für Unternehmensgründungen bei einer zentralen Anlaufstelle ihrerseits zu bündeln.

Landwirtschaft

Fortschritt der Landwirtschaft durch Bau ermöglichen: Wir Freie Demokraten ermöglichen die Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe. Dazu gehören bspw. der Umbau und Neubau von Ställen. Bauanträge müssen genehmigt werden, wenn die notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind. Schutzgebietsausweisungen dürfen für privilegiertes Bauen kein Hindernis sein. Die Errichtung von neuen Ställen ist Voraussetzung für mehr Tierwohl und die wirtschaftliche Entwicklung landwirtschaftlicher Betriebe. Denn die Umsetzung von Tierwohlkonzepten benötigt vor allem Platz. Moderne Ställe in Deutschland bieten die besten Haltungsbedingungen für Tiere weltweit. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirte sind die Basis für zukunftsfähige Betriebe von morgen. Von Bauprojekten in der Landwirtschaft profitiert der gesamte ländliche Raum durch Wertschöpfung vor Ort. Jede Investition in einen modernen Stall ist ein Gewinn für das Tierwohl und für die ländlichen Räume.

Ziel muss es sein, die Bauleitplanungen möglichst langfristig aufzustellen, um mehr Planungssicherheit für die Betriebe und ihre Investitionen zu ermöglichen.

4. Ein Zuhause mit Zukunft

So wie wir uns generell für eine möglichst unbürokratische Ansiedlung neuer Wirtschaftsbetriebe eintreten, setzen wir uns auch bei Erweiterungen oder Neubauten von Pflege- und Wohnangeboten für ein schlankes Verfahren ein. Vorhandene Gesundheitsinfrastruktur, bestehend aus Arztpraxen, Apotheken, Physiotherapie und Pflegeeinrichtungen sowie Krankenhäuser müssen als jahrelang eingespielte funktionale Einheit gesehen werden und erhalten bleiben.

Defibrillatoren

Wir fordern den Ausbau extern zugänglicher Defibrillator Standorte für Ersthelfer und Laienreanimation in Stadt und auf dem Land.

Schutz von Frauen vor Gewalt

Gewalt gegen Frauen geht uns alle an. Eine gesicherte Finanzierung von Schutzeinrichtungen bei häuslicher Gewalt und die ausreichende Verfügbarkeit solcher Einrichtungen muss für Kommunen ein leider unabdingbares Ziel werden.

Kommunale Geburtsstationen

Wir setzen uns dafür ein, die kommunale Geburtsstation zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Wir wollen eine barrierefreie Versorgung der Schwangeren mit Hebammenleistungen sicherstellen.

Barrierefreiheit im privaten und öffentlichen Raum

Wir setzen uns dafür ein, dass ältere Menschen im privaten und öffentlichen Raum barrierefrei leben können. Sie sollten in unseren Kommunen Voraussetzungen vorfinden, die ihnen die Möglichkeit geben lange selbständig und selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld zu bleiben.

Freies WLAN & digitale Innenstädte

Die flächendeckende Bereitstellung von kostenfreiem WLAN an zentralen Plätzen im urbanen Raum muss Standard sein. In Fußgängerzonen und Innenstädten sollen zudem die Lademöglichkeiten für digitale Endgeräte ausgebaut werden. Hier ist die Wirtschaftsförderung gefordert, die Geschäfte zu sensibilisieren und ggf. zu unterstützen. Freies WLAN steigert die Attraktivität unserer Fußgängerzonen und Innenstädte. Mehr Lademöglichkeiten für digitale Endgeräte ermöglichen längere Aufenthalte. Diese Maßnahmen sind notwendig, um einem möglichen Aussterben der Innenstädte zuvorzukommen.

Autonomes Fahren

Wir wollen geeignete Rahmenbedingungen für autonome Mobilität schaffen. Wir setzen uns dafür ein, entsprechende Pilotprojekte beispielsweise bei den ÖPNV Anbietern auf den Weg zu bringen.

Als Freie Demokraten erkennen wir das große Potenzial, dass durch teil- und voll-autonomes Verkehrssysteme für den ländlichen Raum entstehen kann und wollen von diesen Mobilitätschancen profitieren. Wir treiben daher insbesondere im ländlichen Raum die Erprobung voran. In diesem Zusammenhang prüfen wir, inwieweit wir den Ausbau von 5G-Netzen und kommunikationsfähigen Signalanlagen an Straßen und Verkehrsadern selbst voranbringen können. Wir sind überzeugt: Das autonome Fahren wird in naher Zukunft einen hohen Stellenwert in der Verkehrspolitik einnehmen.

Freiheit und Sicherheit im öffentlichen Raum

Wir stehen dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger sich im öffentlichen Raum frei und sicher bewegen können. Der öffentliche Raum muss allen Menschen als Ort der Kommunikation und Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen.

Der Schutz dieser Funktionen ist eine Kernaufgabe des Staates, bei der sich auch die Kommunen auf die Durchsetzung bestehender Rechtsregeln konzentrieren sollten. Überzogene Verbote oder Nutzungsbeschränkungen durch kommunale Gefahrenabwehrsatzungen lehnen wir ab.

Abschaffung der Hundesteuer

Wir Freie Demokraten setzen uns die allgemeine Abschaffung der Hundesteuer zum Ziel. Bagatellsteuern verursachen oftmals mehr Verwaltungsaufwand, als sie an Einnahmen erzielen. Die Verwaltungen vor Ort haben Wichtigeres zu tun, als die Bürgerinnen und Bürger zu überprüfen, ob diese einen Hund zu ihrem Haushalt zählen oder nicht. In der Praxis lässt sich eine faire Besteuerung ohnehin vielerorts nicht sicherstellen. Eine Steuer, die die Ehrlichen bestraft, verliert zurecht an Akzeptanz.

Neben einer Entlastung für Verwaltung und Hundehalter, wird mit der Abschaffung auch unterstrichen, dass das Zusammenleben zwischen Mensch und Tier ein Ziel darstellt, welches es zu fördern gilt. Mindestens sollten Hundesteuersatzungen dahingehend ergänzt werden, dass Hunde aus den örtlichen Tierheimen im ersten Jahr nach der Anschaffung und Besuchs- und Therapiehunde grundsätzlich steuerbefreit sind.

Ärztliche Versorgung vor Ort

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die ärztliche und psychotherapeutische Versorgung vor Ort auch den tatsächlichen Bedürfnissen entspricht. Insbesondere in den ländlichen Regionen Niedersachsens fehlen leider viel zu häufig Fachärztinnen und -ärzte. Doch gerade junge Familien werden von einem Umzug aufs Land abgeschreckt, wenn die Fahrt zum nächsten Kinderarzt mit freien Terminen über eine Stunde dauert. Und für Menschen mit Beeinträchtigungen sind lange Wege zum Arzt oft kaum zu schaffen. Kommunale Stipendien für Studierende und aktive Ansiedlungshilfen für approbierte Medizinerinnen und Mediziner können helfen, das kommunale Angebot zu verbessern.

Dasselbe gilt auch für den flächendeckenden Erhalt von Apotheken. Dieser ist eng verknüpft dem Vorhandensein von Arztpraxen und trägt ebenfalls wesentlich zur Stärkung der Gesundheitsinfrastruktur sowie Lebensqualität bei.

Wir setzen uns für die Schaffung muslimischer Grabfelder auf kommunalen Friedhöfen ein, um allen Bürgern eine Bestattung gemäß ihren religiösen Riten im Einklang mit dem niedersächsischen Bestattungsgesetz in ihrer Heimatgemeinde zu ermöglichen.

5. Demokratie ist das, was wir daraus machen

Bildung der Ausschüsse durch Hare/Niemeyer

Für eine faire demokratische Teilhabe setzen wir uns dafür ein, die Ausschüsse in unseren Kommunalparlamenten nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren zu besetzen, um die Vielfalt der Wählerstimmen präzise abzubilden und auch kleineren Fraktionen sowie Gruppen eine wirksame parlamentarische Mitarbeit zu ermöglichen.

Keine Altersbeschränkungen für Hauptverwaltungsbeamte

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Abschaffung der besonderen Altersbeschränkungen bei Direktwahlen ein. So möchten wir das Mindestalter für das passive Wahlrecht von Hauptverwaltungsbeamten von 23 auf 18 Jahre senken und gleichzeitig das Höchstalter streichen.

Partizipation & Demokratieförderung vor Ort

Mehr direkte Bürgerbeteiligung, Transparenz bei politischen Entscheidungen und niedrigere Hürden für Engagement – z. B. Ausweitung digitaler Beteiligung. Über Mitmach-Portale oder eine zentrale Bürger-App sollen sie auf Mängel aufmerksam machen oder aber eigene Vorschläge einbringen und diskutieren können.

Freie Entfaltung von Kultur, Sport und Ehrenamt

Wir setzen uns ein für die Stärkung Öffentliche Räume, Förderprogramme und weniger Regulierungen für Vereine, kultureller Initiativen und Ehrenamtlichen, die kommunales Leben prägen.

Aufruf zur Unterstützung von internationalen Städtepartnerschaften

Wir Freie Demokraten wollen in unseren Kommunen ein Zeichen für Freiheit und Menschenrechte setzen. Wir setzen uns deshalb in den niedersächsischen Kommunen für Partnerschaften mit Städten ein, die unseren Beistand in ihrem Streit für Freiheit und Menschenrechte brauchen. Städtepartnerschaften stärken neben den gesellschaftlichen auch die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten. Aktuell besonders hervorzuheben sind hier Taiwan sowie die Ukraine und Belarus.

6. Wohn doch wie du willst

Selbstbestimmtes Wohnen und Lebensqualität im Alter

Wir wollen, dass die Menschen in Niedersachsen auch im Alter so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrer vertrauten Umgebung leben können. Dafür setzen wir auf eine kommunale Fürsorge, die modernes Wohnen mit bedarfsgerechten Unterstützungsangeboten verknüpft: Wir fördern alternative Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser und Quartierskonzepte,

die durch barrierefreie Infrastruktur und gezielte Hilfe für Menschen in schwierigen Lebenslagen – insbesondere bei Sucht und Einsamkeit im Alter – ein starkes soziales Netz spannen. Als Herzstück dieser quartiersnahen Versorgung setzen wir uns für den Einsatz von Gemeindeschwestern ein. Sie fungieren als kompetente und verlässliche Ansprechpartner vor Ort, die frühzeitig unterstützen, Einsamkeit lindern und eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern, damit Alter in unserer Kommune nicht Rückzug, sondern Lebensfreude bedeutet.

Wohnraum bedarfsgerecht schaffen

Wir Freie Demokraten setzen beim Wohnungsbau auf bedarfsgerechte Modelle statt auf Verbote. Wir möchten Rahmenbedingungen setzen, die Schaffung von Wohnräumen für unterschiedlichste Lebenssituationen ermöglichen – von der Single-Wohnung, über das Appartement bis zum Einfamilienhaus mit Garten muss weiter alles möglich sein. Wir wollen, dass individuelle Träume der Menschen erreichbar bleiben. Darüber hinaus sprechen wir uns für mehr Mut in der Bauplanung aus. Tiny Houses, ökologische Bauformen und spektakuläre Architektur sollte man nicht nur im Ausland bestaunen dürfen. Ein breites Wohnraumangebot in allen Segmenten ist das beste Mittel gegen stetig steigende Mieten und Kaufpreise und würde zweifelhaften politischen Instrumenten, wie der Mietpreisbremse, vorbeugen.

Bezüglich der Reduzierung weiterer Flächenversiegelungen setzen wir gerade im ländlichen Raum auf Anreize, wie etwa „Jung kauft Alt“ und nicht auf Bauverbote für Einfamilienhäuser.

Innovatives Bauen ermöglichen

Wir Freie Demokraten setzen uns für innovative Bauvorhaben, besonders auch in Neubaugebieten, ein. Bauen mit innovativen Materialien oder auch Baustoffen aus nachwachsenden Rohstoffen ermöglicht oft ein innovatives Baukonzept.

Viele Bebauungspläne werden mit gestalterischen Auflagen belegt, die den Einsatz von innovativen Materialien blockieren. Wir wollen örtliche Gestaltungsvorgaben von Fragen des persönlichen Geschmacks befreien und auch eine offenere Gestaltung von Gebäuden

zulassen. Dementsprechend setzen wir uns für eine regelmäßige Überprüfung der kommunalen Bausatzungen ein.

Wohnungsbau und soziale Infrastruktur

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine große Herausforderung. Die FDP setzt auf Ausweisung neuen Baulands und Bebauungspläne, die nicht noch weitere Regeln auf das Landes- und Bundesrecht draufsatteln. Auch der Bau von Eigenheimen muss weiterhin möglich sein.

Wer bauen will, sowohl zur Vermietung als auch zur Selbstnutzung, dem wollen wir helfen und keine Steine in den Weg legen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die soziale Infrastruktur – wie Kindertagesstätten, Pflegeeinrichtungen und Freizeiteinrichtungen – bedarfsgerecht ausgebaut wird.

Bauen benötigt Platz

Wir setzen uns bei der Ausweisung von neuem Bauland dafür ein, dass auch geförderter Wohnraum und Mehrfamilienhäuser entstehen, um auch bezahlbaren Wohnraum für Alleinerziehende, Familien und Alleinstehende in unserer Gemeinde anbieten zu können.

Bauen im Außenbereich

Angelehnt an die „Altenteiler-Regelung“ in der Landwirtschaft, setzen wir uns für eine Privilegierung bei der Genehmigung von privat genutztem Wohnraum im Außenbereich ein, wenn dies im Zusammenhang mit der Unternehmensnachfolge oder Weiterentwicklung eines Gewerbebetriebes steht.

Azubi-Wohnungen

Für spezielle Azubi Wohnungen müssen insbesondere von den Landkreisen vereinfachte Rahmenbedingungen geschaffen werden. Nur wo Wohnraum entsteht, können Arbeitsplätze entstehen.

B. Was erwarten wir von Bund und Land

1. Kommunalfinanzen

Die finanzielle Ausstattung der Kommunen ist völlig unzureichend. Der Grundsatz der Konnexität ist de facto ausgehebelt: Laufend werden neue Aufgaben übertragen, aber keine auskömmliche Finanzierung sichergestellt. Ein aktuelles Beispiel: Die Entschädigung für Jugendbetreuer bei der Feuerwehr – eine Aufgabe, die politisch gewollt ist, aber deren Kosten letztlich von den Kommunen übernommen werden müssen. Hier fordern wir eine klare Linie: Aufgabenübertragungen dürfen nicht länger ohne vollständige Finanzierung erfolgen.

Darüber hinaus setzt die FDP auf Effizienzsteigerungen in der Verwaltung. Aus jedem Euro öffentlichen Geldes muss der maximale Nutzen die Bürgerinnen und Bürger herausgeholt werden. Komplizierte, langsame Entscheidungen, langwierige analoge Abstimmungsprozesse und Genehmigungsverfahren kosten unser aller Geld.

2. Ganztagsschule

Die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsschule ab dem Schuljahr 2026/27 ist ein gutes Ziel, aber die Umsetzung lässt die Kommunen weitgehend allein zurück. Der Rechtsrahmen fehlt, die Investitionsförderung ist völlig unzureichend, und die dauerhaften Betriebskosten sind ungeklärt. Kommunen brauchen hier Klarheit und Verlässlichkeit – sonst droht ein Start in Chaos.

3. Kitas

Die Kitas sind einer der größten Defizitposten in den kommunalen Haushalten. Die ursprüngliche Finanzierungsarchitektur ist längst aus dem Ruder gelaufen. Während das Land beitragsfreie Kindergartenplätze politisch feiert, bleiben die Kommunen auf dem Großteil der Kosten sitzen. Ohne eine grundlegende Neuordnung der Finanzierung droht die dauerhafte Überlastung der kommunalen Haushalte.

4. Ausbildung von Erziehenden

Es ist nicht nachvollziehbar, warum Kommunen ihre Fachkräfte für Kitas nicht selbst ausbilden dürfen. Gerade der „Klebeeffekt“ – also, dass die ausgebildeten Kräfte vor Ort bleiben – spricht eindeutig für eine solche Möglichkeit. Das Land muss hier dringend umdenken, wenn wir den Fachkräftemangel wirksam bekämpfen wollen.

5. Bürokratieabbau bei Förderprogrammen

Fast alle Investitionen in Infrastruktur hängen inzwischen an komplizierten Förderprogrammen von Bund und Land. Die Verfahren sind so aufwendig, dass das Rathaus vor Ort ohne externe Berater kaum noch durchkommt. Es darf nicht sein, dass Kommunen wie potenzielle Betrüger behandelt werden. Vorschläge für Vereinfachungen und mehr Verantwortung für die Verwaltungen vor Ort liegen längst auf dem Tisch – sie müssen endlich umgesetzt werden.

6. Straßeninfrastruktur

Kaum ein Thema wird von Bürgerinnen und Bürgern emotionaler diskutiert als der Zustand der Straßen. Wenn Menschen jeden Morgen vor einem Schlagloch stehen, ist das ein unmittelbarer Politikfrust-Faktor. Das Problem liegt häufig an der Schnittstelle zwischen Kommunen und der Landesstraßenbauverwaltung, die weder personell noch finanziell ausreichend ausgestattet ist. Hier brauchen wir radikal vereinfachte und schlanke Verfahren, bevor der Unmut weiter wächst.

7. Die Kommunen und Europa

Bürokratieabbau in der EU – Kommunale Belastung senken. EU-Rechtsakte sollen kommunal umsetzbar und praxistauglich sein. Systematische Rückmeldung aus den Kommunen zu EU-Gesetzgebung an Brüssel ist sinnvoll, z.B. über den Ausschuss der Regionen. Denn Liberale Kommunalpolitik braucht Handlungsspielräume, nicht überbordende Vorschriften.

8. Die Wirtschaft vor Ort entlasten

Grund- und Gewerbesteuerbremse: Wir Freie Demokraten wollen die Bürgerinnen und Bürger vor automatischen Steuererhöhungen schützen. Das Land muss deshalb eine Grund- und Gewerbesteuerbremse einführen. Durch die bisherige Ausgestaltung regt der Kommunale Finanzausgleich die Kommunen dazu an, die Hebesätze der Realsteuern stetig zu erhöhen.

9. Partizipation stärken

Passives Wahlrecht ab 16: Wir Freie Demokraten setzen uns für das passive Wahlrecht ab 16 zur Kommunalwahl ein. Wir begrüßen es, wenn junge Menschen sich aktiv vor Ort einbringen und an ihrem Heimatort einen Unterschied machen wollen. Die Entscheidung über Reife und Eignung sollte bei den Wählerinnen und Wählern sowie der aufstellenden Parteien liegen.

10. Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen

Die rechtliche Grundlage für die Erhebung so genannter Straßenausbaubeiträge muss aus dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz gestrichen werden. Die Straßenausbaubeitragssatzungen der Gemeinden haben in der Vergangenheit zu ungerechtfertigten Belastungen und enormen Härtefällen, insbesondere für Familien und ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, gesorgt, indem deren Alterssicherung und Investitionen konkret gefährdet wurden.